gerechter Leistung stehen dem Auftraggeber nur zu, wenn er den Mangel innerhalb des Garantiezeitraumes festgestellt und spätestens innerhalb eines Monats nach dessen Ablauf angezeigt hat. Diese Frist verlängert sich in der Kooperationskette für jeden Leistenden um einen weiteren Monat.

(2) Erfolgt eine Qualitätsprüfung gemäß § 87 Abs. 2. stehen dem Auftraggeber Forderungen wegen der im besonderen Prüfverfahren feststellbaren Mängel nur zu, wenn er diese innerhalb eines Monats nach Ablauf der vorgesehenen Prüffrist angezeigt hat.

§ 90

Abnahmeverweigerung

(1) Wird bis zur Zahlung, spätestens jedoch bis zum Ablauf der Zahlungsfrist oder der nach § 87 Abs. 2 vorgesehenen Prüffrist, eine Leistung als mangelhaft erkannt, so kann der Auftraggeber die Abnahme verweigern. Die Abnahmeverweigerung ist zu begründen. Sie kann mit der Zahlungsverweigerung oder einer Mängelanzeige erklärt werden.

(2) Kann der Leistende infolge der Abnahmeverweigerung den vereinbarten Leistungstermin nicht einhalten oder wird die Erfüllung unmöglich, so treten die Rechtsfolgen wegen Verzuges oder Nichterfüllung ein.

(3) Durch die Abnahmeverweigerung wird eine in gesetzlichen Bestimmungen festgelegte Pflicht zur Entgegennahme des Leistungsgegenstandes nicht berührt. Die Gefahr des zufälligen Unterganges oder der zufälligen Verschlechterung trägt in diesem Falle der Leistende. Der Leistende ist aufzufordern, eine geeignete Verfügung zu treffen. Der Leistende ist verpflichtet, die dem Auftraggeber durch die Entgegennahme entstandenen zusätzlichen Aufwendungen zu ersetzen.

(4) Trifft der Leistende nicht unverzüglich eine geeignete Verfügung, so kann der Auftraggeber den Leistungsgegenstand auf Kosten des Leistenden einlagern, mit Zustimmung des Leistenden zurücksenden oder in Kommission übernehmen. Droht der Leistungsgegenstand zu verderben, so hat der Auftraggeber unter Sicherung der entsprechenden Beweise die den volkswirtschaftlichen Zielen am besten dienende Verwertung zu veranlassen oder durchzuführen.

Garantieforderungen

§ 91

(1) Hat bei einer mangelhaften Leistung der Auftraggeber die Abnahme nicht verweigert, so ist der Leistende verpflichtet, die ihm angezeigten Mängel unverzüglich zu beseitigen (Nachbesserung) oder eine einwandfreie Leistung zu erbringen (Ersatzleistung) oder eine dem Umfang des Mangels entsprechende Herabsetzung des Rechnungsbetrages zu gewähren (Minderung).

(2) Die Partner sollen über die Art der Garantieforderung eine Vereinbarung treffen. Erfolgt dies nicht, so wird die zu erfüllende Garantieforderung vom Auftraggeber bestimmt.

(3) Wird durch die Nachbesserung die volle Gebrauchsfähigkeit nicht wieder hergestellt, so kann der Auftraggeber Ersatzleistung oder eine entsprechende Minderung verlangen.

(4) Die Partner haben für die Nachbesserung oder Ersatzleistung eine Frist zu vereinbaren. Eine solche Frist

soll in den Koordinierungsvereinbarungen oder in den Wirtschaftsverträgen festgelegt werden. Wurde nichts vereinbart, beträgt die Frist 3 Wochen.

(5) Der Auftraggeber hat, soweit nichts anderes vereinbart wurde, das Recht, selbst nachzubessern, wenn er

1. die Nachbesserung sachgemäß ausführen kann und dadurch volkswirtschaftliche Belange gewahrt werden.
2. die Nachbesserung gefordert und der Leistende innerhalb einer angemessenen Frist weder nachgebessert noch Ersatz geleistet hat.

(6) Hat der Auftraggeber selbst berechtigt nachgebessert, so kann er Ersatz der notwendigen Aufwendungen verlangen.

(7) Bei der Nachbesserung wird der Garantiezeitraum von der Anzeige des Mangels bis zur Beendigung der Nachbesserung gehemmt, für die Ersatzleistung beginnt mit ihrer Entgegennahme ein neuer Garantiezeitraum.

§ 92

Werden Leistungen innerhalb eines Wirtschaftsvertrages zu fortlaufenden Terminen oder Fristen erbracht, so ist der Auftraggeber bei wiederholten mangelhaften Leistungen berechtigt, die Entgegennahme weiterer Leistungen bis zur Beseitigung der die Mängel bedingenden Umstände zu verweigern.

§ 93

(1) Ist Nachbesserung oder Ersatzleistung nicht oder nicht rechtzeitig möglich und eine Verwendungsleistung auch bei Minderung nicht zumutbar, so kann der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten. Der Rücktritt ist auf einen Teil der Leistung beschränkt, wenn der mit der Vertragserfüllung beabsichtigte Zweck mit dem verbleibenden Teil erreicht werden kann.

(2) Mit dem Rücktritt vom Vertrag erlöschen die Verpflichtungen zur Leistung. Bereits Geleistetes ist zurückzugewähren.

§ 94

Nebenforderungen

(1) Entstehen dem Auftraggeber im Zusammenhang mit der Ausübung der Abnahmeverweigerung oder von Garantieforderungen Aufwendungen, so hat der Leistende auch diese zu ersetzen. Zu den Aufwendungen gehören insbesondere Kosten für Be- und Entladung, Einlagerung, Frachten, Benachrichtigung, Ein- und Ausbau und Verwertung sowie für die notwendige Prüfung und Begutachtung des Leistungsgegenstandes.

(2) Sind die Garantieforderungen nicht begründet, so hat der Leistungsempfänger die dem Leistenden durch die Mitwirkung bei der Prüfung entstandenen Kosten zu ersetzen.

§ 95

Zahlungsverweigerung und Verzinsung

(1) Der Auftraggeber ist zur Bezahlung der Leistung nicht verpflichtet, wenn er die Abnahme verweigert oder Garantieforderungen erhebt. Wird die Abnahme teilweise verweigert oder werden die Garantieforderungen nur für einen selbständig verwertbaren Teil der Leistung erhoben, so beschränkt sich die Zahlungsverweigerung auf den Wert des von der Vertragsverletzung betroffenen Teils.